



ZDH

ZENTRALVERBAND DES
DEUTSCHEN HANDWERKS



BILDUNGSPOLITISCHES POSITIONSPAPIER DER BUNDESTAGSFRAKTION VON BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN UND DES ZENTRALVERBANDS DES DEUTSCHEN HANDWERKS (ZDH)

DEMOGRAFISCHE ENTWICKLUNG UND FACHKRÄFTESICHERUNG

Die demografische Entwicklung stellt Deutschland vor große gesellschafts- und wirtschaftspolitische Herausforderungen. Die rückläufige Einwohnerzahl und eine Verschiebung im Altersaufbau werden sich in den kommenden Jahrzehnten deutlich auf das Beschäftigungs- und Bildungssystem in Deutschland auswirken. Schon heute ist diese Entwicklung an der sinkenden Schülerzahl ablesbar. Bundesweit erwarten wir vom Jahr 2007 bis 2020 einen Rückgang der Absolventen und Absolventinnen allgemeinbildender Schulen von 20 Prozent.

Diese Entwicklungen haben in verschiedenen Wirtschaftsbereichen, Berufen und Regionen bereits zu einem Fachkräftemangel geführt. Um diesem Trend entgegen zu wirken, müssen weitere Zielgruppen – insbesondere Migranten und Migrantinnen sowie Altbewerber und Altbewerberinnen – als Potenziale für die Fachkräftesicherung erschlossen werden. Gleichzeitig gilt es, die Ausbildungsreife und Berufsorientierung der Jugendlichen zu verbessern, um ihnen den Übergang von der Schule in die duale Berufsausbildung zu erleichtern.

STELLENWERT DER DUALEN BILDUNG

Dem Berufsbildungssystem kommt bei der Sicherung des Fachkräftenachwuchses ein besonderer Stellenwert zu, denn nach wie vor absolvieren rund 60 Prozent eines Jahrgangs eine betriebliche Ausbildung.

Die Stärken der dualen Berufsausbildung sind die Verankerung der Qualifizierung in der betrieblichen Praxis, die Ausrichtung von Ausbildungsinhalten und Prüfungsanforderungen an bundesweit einheitlichen Standards, die öffentlich-rechtliche Prüfung vor der zuständigen Stelle sowie die Orientierung der Ausbildungsziele an nachhaltiger Arbeitsmarktfähigkeit. Dem trägt auch die neue, 2010 verabschiedete EU-Strategie "Europa 2020" Rechnung. Darin wird ausdrücklich die Förderung einer wirtschaftsnahen, praxisorientierten Berufsausbildung in den EU-Mitgliedstaaten postuliert.

Ein wesentliches Merkmal der dualen Ausbildung ist das Berufsprinzip, das durch seinen ganzheitlichen Ansatz die steigenden Kompetenzanforderungen im Arbeitsprozess berücksichtigt und die berufliche Mobilität der Fachkräfte sicherstellt. Zur Entwicklung beruflicher Handlungskompetenz leistet die überbetriebliche Unterweisung in der handwerklichen Berufsausbildung einen wesentli-

chen Beitrag, da sie vor allem im Sinne einer fachpraktischen Ergänzungsbildung den hohen Standard der betrieblichen Ausbildung absichert. Sie unterstützt durch die Systematisierung und Zusammenführung der Lerninhalte die Lernortkooperation von Betrieb und Berufsschule. Darüber hinaus ist die Berufsschule der unverzichtbare Partner der Betriebe im dualen Ausbildungssystem. Eine Kooperation dieser beiden Lernorte ist grundlegend für die Qualität der dualen Ausbildung.

HERAUSFORDERUNGEN

Um die Qualität und Funktionalität des Bildungssystems auch für die Zukunft zu erhalten sowie für leistungsstarke und leistungsschwache Jugendliche gleichermaßen attraktiv zu bleiben, ist die Anschlussfähigkeit unterschiedlicher Bildungsmaßnahmen eine wesentliche Voraussetzung. Dies gilt zum einen für Qualifizierungsmaßnahmen am Übergang von der allgemeinbildenden Schule in die duale Ausbildung. Diese Angebote müssen künftig standardisiert sowie transparent und passgenau gestaltet werden, damit sie auf eine anschließende Ausbildung zeitlich anrechnungsfähig werden. Zum anderen ist die Verzahnung von beruflichen mit akademischen Bildungsangeboten zu verbessern, um die Anschlussfähigkeit des dualen Systems sicherzustellen.

Wer über die Ausbildung den Weg in die Beschäftigung geschafft hat, muss für den Erhalt der individuellen Beschäftigungsfähigkeit lebensbegleitend weiterlernen. Die Bereitschaft und Fähigkeit dazu muss bereits in der vorberuflichen Bildung und in der Berufsausbildung angelegt werden. Durch die Forderung und Förderung lebensbegleitenden Lernens sowie zukunftsorientierte, differenzierte und nachfrageaktivierende Ausrichtung von Bildungsangeboten sind verstärkt Anreize für die Aufnahme von Weiterbildung zu setzen. Die Anerkennung der Gleichwertigkeit von Allgemein- und Berufsbildung ist in Politik und Gesellschaft voranzutreiben.

ZDH und Bündnis 90/Die Grünen setzen sich gemeinsam dafür ein, das Bildungsniveau der kommenden Generationen zu verbessern und möglichst viele Potentiale zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses zu erschließen. Der Schlüssel für

erfolgreiche und vom sozialen Hintergrund weitgehend unabhängige Bildungs- und Erwerbsbiographien liegt dabei in einem qualitativ hochwertigen Bildungssystem, das die vorberufliche Erziehung und Bildung über die berufliche Ausbildung bis in die berufliche Weiter- und Hochschulbildung durch miteinander verzahnte Übergänge zum lebensbegleitenden Lernen macht.

Um die Gerechtigkeit, Durchlässigkeit und Nachhaltigkeit im System der beruflichen Bildung zu fördern, setzen sich ZDH und Bündnis 90/Die Grünen für die folgenden gemeinsamen Ziele ein:

I. GLEICHE STARTCHANCEN SCHAFFEN: VORBERUFLICHE BILDUNG OPTIMIEREN

Kompetenzentwicklung und Bildungserfolg hängen in Deutschland stark von der sozialen Herkunft ab. Daher brauchen insbesondere Kinder aus bildungsfernen Familien schon deutlich vor der Einschulung Unterstützungs- und Förderangebote sowie eine qualifizierte Begleitung und Beratung beim Übergang zwischen den Bildungsabschnitten.

FLÄCHENDECKEND FRÜHKINDLICHE BETREUUNGS- UND BILDUNGSANGEBOTE FÖRDERN!

- » Die Kinderbetreuungsangebote müssen quantitativ und qualitativ ausgebaut werden, um vor allem Kinder aus bildungsfernen Familien zu fördern und Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen. Ein Rechtsanspruch auf eine ganztägige öffentlich geförderte Kindertagesbetreuung schon für Kinder unter drei Jahren ist einzuführen und umzusetzen.
- » Die Aus- und Weiterbildung der Erzieher und Erzieherinnen ist den Anforderungen entsprechend anzupassen und bundesweit auf einen höheren professionellen Standard zu heben.
- » Die kindgerechte Förderung im Kindergarten muss ganzheitlich erfolgen und dabei insbesondere die Sprachförderung in den

Blick nehmen. Durch Bildungs- und Erziehungspläne sowie eine enge Kooperation zwischen Kindergarten und Schulen sind die Kinder in der entscheidenden Phase des Übergangs in die Grundschule zu unterstützen.

- » Die Eltern nehmen eine Schlüsselrolle bei der Erziehung und Bildung ihrer Kinder ein. Für sie sind niedrigschwellige Beratungsangebote zur Verfügung zu stellen, um sie bei Bedarf in allen Erziehungsfragen zu unterstützen.

QUALITÄT DES ALLGEMEINBILDENDEN SCHULSYSTEMS WEITER VERBESSERN!

- » Über offene Ganztagschulen hinaus ist das Angebot eines qualitativ hochwertigen, ganztägig curricularen Schulangebots mit einer entsprechenden Rhythmisierung des Unterrichts flächendeckend auszubauen. Damit werden in Verbindung mit einer entsprechenden Anpassung der Lehr- und Lernmethoden sowie individueller Förderung die Voraussetzung für eine Sicherung der Ausbildungsreife auch benachteiligter Kinder und Jugendlicher geschaffen.
- » Im Sinne einer deutlichen Verbesserung des deutschen Bildungssystems im internationalen Vergleich sollte sich der Unterricht an länderübergreifenden Bildungsstandards für alle allgemeinbildenden Schulen ausrichten. Dabei sind die Basiskompetenzen (Lesen, Schreiben, Rechnen) und die Querschnittskompetenzen (Naturwissenschaften, Technik, IT, Fremdsprachen sowie selbstgesteuertes Lernen und Sozialkompetenzen) zu stärken. Schüler und Schülerinnen sollten schon ab der Grundschule durch die Vermittlung wirtschaftlicher Zusammenhänge besser auf Ausbildung und Berufsleben vorbereitet werden.
- » Durch eine frühzeitige Potenzialanalyse und in Verbindung mit einer an den individuellen Kompetenzen ausgerichteten Berufsorientierung können Ausbildungsreife und Berufswahlkompetenz verbessert und damit Ausbildungsabbrüche reduziert werden. Eine praxisnahe Berufsorientierung – unter-

stützt durch die Wirtschaft – für Schüler und Schülerinnen an allen weiterführenden allgemeinbildenden Schulformen ist als fester Teil in den Unterricht und daher auch in die Lehramtsaus- und -fortbildung zu integrieren.

- » Eine umfassende, praxisnahe Reformierung der Lehreraus- und -weiterbildung ist notwendig. Eine wirklich durchgreifende Qualitätsverbesserung an den Schulen kann nur gelingen, wenn die Rolle der Lehrer und Lehrerinnen entsprechend den heutigen Herausforderungen definiert wird und die erforderlichen Unterstützungssysteme für die Bewältigung dieser neuen Aufgaben bereit stehen. Leistungsorientierte Anreizmodelle müssen auch bei der Entlohnung der Lehrkräfte zum Tragen kommen.
- » Angesichts dieser großen Herausforderungen muss das Kooperationsverbot überdacht werden, so dass Bund und Länder ihre gemeinsame Verantwortung in der Bildungspolitik auch durch Unterstützung von Schulen wahrnehmen können.
- » Ein inklusives Schulsystem ist anzustreben, auch weil es die Sozialkompetenz aller Schülerinnen und Schüler fördert und mehr Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf zu qualifizierten Abschlüssen führen wird. Dies sichert zusammen mit der in HwO und BBiG enthaltenen Möglichkeit, die Inhalte von Ausbildungsgängen an die besonderen Fähigkeiten von Menschen mit Behinderungen anzupassen, diesen Jugendlichen den Einstieg in eine Ausbildung. Davon profitieren sowohl die Betriebe als auch die neu gewonnenen Auszubildenden.

II. FACHKRÄFTEBEDARF SICHERN: FÖRDERN ALLER AUSBILDUNGSPOTENTIALE

Der rasche technologische Wandel, der demografiebedingte Bewerberrückgang und der sich verschärfende nationale wie auch internatio-

nale Wettbewerb stellen das System der beruflichen Bildung bei der Sicherung des Fachkräftebedarfs vor große Herausforderungen. Daher muss zum Einen die duale Aus- und Weiterbildung an Attraktivität für leistungsstarke Schulabsolventen gewinnen. Zum Anderen müssen Jugendliche, denen kein unmittelbarer Übergang in die betriebliche Ausbildung gelingt, Ausbildungsperspektiven erhalten.

DUALE BERUFSAUSBILDUNG STÄRKEN!

- » Kleine und mittlere Unternehmen liefern den größten Beitrag zum Erfolg der dualen Ausbildung. Um deren hohe Ausbildungsbereitschaft zu erhalten, müssen Bund und Länder die passenden Rahmenbedingungen im Bereich der beruflichen Bildung sicherstellen.
- » Durch eine öffentlich-rechtliche Abschlussprüfung vor den zuständigen Stellen sind auch künftig ein bundeseinheitlicher Standard und die damit verbundene hohe Akzeptanz der dualen Ausbildung zu gewährleisten.
- » Die Überbetriebliche Lehrlingsunterweisung ist fester Bestandteil der handwerklichen Berufsausbildung. Sie trägt nicht nur im Sinne einer fachpraktischen Ergänzungsausbildung entscheidend zur Qualitätssicherung der handwerklichen Ausbildung bei, sondern sie leistet ebenso einen Beitrag zur Förderung der beruflichen Handlungskompetenz als Fach-, Methoden- und Sozialkompetenz.
- » Eine Schlüsselrolle für den Erfolg der dualen Ausbildung nehmen die betrieblichen Ausbilder und Ausbilderinnen ein. Künftig gilt es, sie angesichts der zunehmenden Anforderungen in der betrieblichen Ausbildung durch obligatorische pädagogische Weiterbildungsangebote z.B. im Rahmen der AEVO, beispielsweise für Konfliktmanagement, Personalführung, Genderbewusstsein oder interkultureller Kompetenz, zu unterstützen.
- » Zur Stärkung des Dualen Systems sind die beruflichen Schulen als Partner der Wirtschaft zu unterstützen. Konzepte zur Inno-

vation der beruflichen Bildung müssen deshalb sicherstellen, dass der für die Qualität der dualen Ausbildung notwendige Berufsschulunterricht auch in Zukunft in einem angemessenen Umfang angeboten wird. Gleichzeitig müssen in den Berufsschulen innovative zeitliche und methodische Konzepte der Beschulung entwickelt bzw. angeboten werden. Neue Lehr- und Lernmethoden (wie beispielsweise E-Learning) können diese Entwicklung unterstützen. Hierzu zählt, auch innerhalb der beruflichen Ausbildung einen Schwerpunkt auf die Förderung von Deutsch als Bildungs- und Fachsprache zu legen.

- » Dem verstärkt auftretenden Mangel von Lehrerinnen und Lehrern an beruflichen Schulen ist durch aktive Werbung für diesen Beruf zu begegnen. Dazu sollte der Quereinstieg erleichtert werden.
- » Zur Attraktivitätssteigerung der beruflichen Bildung insbesondere für leistungsstarke Schulabgänger ist das Angebot an bedarfs- und zielgruppengerechten Zusatzqualifikationen auszubauen. Auch sollten künftig Zusatzqualifikationen vermehrt und systematisch mit Aufstiegsfortbildungen verzahnt werden. Flexible Ausbildungsstrukturen können dabei eine verstärkte Berücksichtigung von beruflichen Entwicklungs- und Karrierewegen erleichtern.
- » Duale Studiengänge sollen im Hinblick auf die Bedürfnisse des Handwerks weiter ausgebaut und beworben werden. Außerdem gilt es, Lernaufenthalte im Ausland zu fördern, um zukünftige Fach- und Führungskräfte auf die Anforderungen grenzüberschreitender Märkte vorzubereiten.
- » Die Grundlagen für spätere, selbstgesteuerte Lernprozesse müssen in der Ausbildung durch die Berufsschulen gelegt werden.

ÜBERGÄNGE ERLEICHTERN!

- » Der bisherige Übergangsbereich zwischen der allgemeinbildenden Schule und der dualen Ausbildung ist zu reformieren und effizienter zu gestalten. Notwendige Vor-

Qualifizierungsschritte müssen auf den zeitnahen Einstieg in eine Regelausbildung ausgerichtet werden. Die betriebsnahe Berufsausbildungsvorbereitung muss sich an durch die Sozial- und Wirtschaftspartner entwickelten, bundeseinheitlichen und von den Ausbildungsordnungen abgeleiteten Qualifizierungsbausteinen ausrichten. Ziel ist es, ein vom betrieblichen Ausbildungsbereich anerkanntes Qualitätsniveau zu erreichen und damit den Übergang in eine duale Berufsbildung fließend zu ermöglichen. Einstiegsqualifizierungen können hier als Good-Practice-Beispiele dienen.

- » Eine qualifizierte Beratung und Betreuung im Rahmen einer individuellen Förderplanung soll die Ausrichtung der Qualifizierungsschritte am persönlichen Unterstützungsbedarf und den nahtlosen Übergang in betriebliche Ausbildung sicherstellen. Ziel muss es sein, durch eine konsequente Anwendung von bundeseinheitlichen Ausbildungsbausteinen und einen obligatorischen Besuch der Berufsschule für ausbildungsreife Jugendliche, die dennoch nicht direkt in die Regelausbildung einmünden, die Voraussetzungen für eine systematische zeitliche Anrechnung auf eine anschließende betriebliche Ausbildung zu schaffen.
- » Der Übergang von außerbetrieblichen Qualifizierungsmaßnahmen in eine betriebliche Berufsausbildung muss jederzeit möglich und vorrangiges Ziel sein. Dafür ist weiterhin für ein hohes Ausbildungsengagement der Betriebe zu werben.
- » Unternehmen ohne Ausbildungstradition, kleinere Betriebe oder sehr spezialisierte Betriebe müssen dafür gewonnen werden, sich in Bereichen, in denen sie ausbildungsfähig sind, als Ausbildungsverbundpartner zu engagieren.
- » Die bestehenden überbetrieblichen Ausbildungsstätten sollen in die Lage versetzt werden, der jeweiligen technischen und ökonomischen Entwicklung Rechnung zu tragen. Notwendige Umstrukturierungsprozesse sollen unterstützt werden, damit auch bei Bedarf zusätzliche Ausbildungs-

plätze nach dem dualen Prinzip mit hohen betrieblichen Anteilen angeboten werden können.

- » Für leistungsstarke Jugendliche muss durch eine stärkere Verzahnung von beruflicher und akademischer Bildung die Anschlussfähigkeit an die Hochschule sichergestellt sowie der Erwerb eines akademischen Abschlusses erleichtert werden.

III. BERUFLICHE HANDLUNGSFÄHIGKEIT ERHALTEN: LEBENSLANGES LERNEN FÖRDERN

Das zunehmend hohe Innovationstempo einerseits und eine verlängerte Lebensarbeitszeit andererseits verlangen in steigendem Maße die ständige Anpassung und den Ausbau der beruflichen Handlungsfähigkeit durch gezielte und bedarfsorientierte Weiterbildung. Diesbezüglich gilt es, an die Weiterbildungstradition des Handwerks anschließend sowohl Individuen als auch Betriebe stärker für die berufliche Weiterbildung zu gewinnen.

WEITERBILDUNGSBETEILIGUNG DEUTLICH ERHÖHEN!

- » Die Weiterbildungsbeteiligung ist deutlich zu erhöhen. Weiterbildungsangebote sollen zukünftig darüber hinaus auch gezielter auf die Leistungsreserven des deutschen Arbeitsmarktes gerichtet werden, wie Zuwanderer, Ältere und Frauen. Auch gilt es, die Potenziale von Geringqualifizierten stärker zu heben.
- » Die Entwicklung von fachspezifischen und fachübergreifenden Weiterbildungsmaßnahmen muss ein vorrangiges Ziel der Wirtschaft für die nächsten Jahre sein. Um eine Karriereplanung sinnvoll gestalten zu können, ist ein überschaubares und für die darauf aufbauenden Stufen anrechnungsfähiges Weiterbildungsangebot im Sinne eines Berufslaufbahnkonzepts, das systematische Karrierewege für alle Handwerksberufe vor-

sieht, unabdingbar. Die Meisterausbildung ist als qualitativ hochwertige Unternehmerausbildung innerhalb eines solchen Konzepts fest zu verankern.

- » Tragfähige Instrumente zur finanziellen Unterstützung von Weiterbildung, insbesondere das Meisterbafög, sind angemessen auszubauen. Auch jüngere Förderinstrumente, wie bspw. Bildungsgutscheine oder Weiterbildungsprämien, die nicht nur auf Aufstiegsfortbildungen ausgerichtet sind, sollen fortgeführt werden. Ziel muss ein verlässliches und transparentes Förderinstrumentarium sein, das als individueller Mix aus Darlehen und Zuschüssen angelegt ist.
- » Dem Ausbau des Weiterbildungsberatungssystems kommt eine besondere Bedeutung zu. Die Bildungsberatung muss alle Phasen der beruflichen Qualifizierung erfassen und ist quantitativ und qualitativ auszuweiten.
- » Ordnungspolitisch ist sicherzustellen, dass die Hochwertigkeit von Weiterbildung durch entsprechende Abschlüsse nach §§ 53 und 54 BBiG sowie §§ 42 und 42a HwO dokumentiert wird, die international lesbar sind und die Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Bildung zum Ausdruck bringen.
- » Zur Erschließung neuer Geschäftsfelder müssen sich Weiterbildungsangebote des Handwerks verstärkt an zukunftsorientierten Geschäftsbereichen wie beispielsweise den Segmenten Ernährung, Verbraucherschutz und Erneuerbare Energien orientieren.
- » Einen Schwerpunkt in der handwerklichen Weiterbildung muss die Förderung des Unternehmergeists (entrepreneurship education) angesichts des wachsenden europäischen und globalen Wettbewerbs bilden. Ergänzend zu dem betriebswirtschaftlichen Teil der Meisterprüfung (Teil III) und der künftig bundesweit geregelten Aufstiegsfortbildung "Geprüfter Betriebswirt/Geprüfte Betriebswirtin" nach der Handwerksordnung müssen handlungsorientierte Qualifizierungsmaßnahmen zum

Erwerb kaufmännischer/betriebswirtschaftlicher Kompetenzen auf allen Ebenen der handwerklichen Aus- und Weiterbildung angeboten werden.

GLEICHWERTIGKEIT UND DURCHLÄSSIGKEIT ZWISCHEN DEN BILDUNGSSYSTEMEN STÄRKEN!

- » Die berufliche Bildung ist mit der allgemeinen Bildung gleichwertig zu behandeln.
- » Die Zugänge zur akademischen Bildung müssen für Absolventinnen und Absolventen der beruflichen Bildungsgänge durch Vergleichbarkeit erleichtert werden. Nur so kann die für das lebensbegleitende Lernen notwendige Durchlässigkeit des Bildungswesens erreicht werden.
- » Damit hochrangige Abschlüsse der Aufstiegsfortbildung international anerkannt werden, ist neben den Niveaustufen des DQR eine angemessene zusätzliche Abschlussbezeichnung für Fortbildungsabschlüsse einzuführen.
- » Der KMK-Beschluss zu einem uneingeschränkten Hochschulzugang für beruflich Qualifizierte mit hochwertigen Fortbildungsabschlüssen (z.B. Meister) muss an allen Hochschulen ohne Zusatzprüfung und Probesemester umgesetzt und mit gezielten Unterstützungsangeboten unterlegt werden.

IV. INTEGRATION VON MIGRANTINNEN UND MIGRANTEN IN DAS BERUFSBILDUNGSSYSTEM UND DEN ARBEITSMARKT VERBESSERN

Zur Sicherung des zukünftigen Fachkräftebedarfs setzt das Handwerk seit vielen Jahren auch auf Migrantinnen und Migranten. Sie sind nicht nur

geschätzte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ihre interkulturellen Fähigkeiten leisten auch einen Beitrag zur Kreativität und Innovationsfähigkeit der Betriebe sowie zur Erschließung neuer Kundenpotenziale im In- und Ausland. Vor allem kleinen und mittleren Unternehmen sind das individuelle Potenzial und der Wert interkultureller Fähigkeiten von Menschen mit Migrationshintergrund noch stärker als bisher bewusst zu machen.

- » Zur Unterstützung der Integration von Migranten und Migrantinnen in den Arbeitsmarkt und zur Wertschätzung mitgebrachter Qualifikationen ist ein transparenter, leicht zugänglicher und valider Prozess zur Bewertung von im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen zu entwickeln.
- » Hierzu können Verfahren, in denen eine Gleichwertigkeit von im Ausland erworbenen Qualifikationen mit inländischen Referenzabschlüssen festgestellt werden, einen sinnvollen Beitrag leisten. Berufliche Kompetenzen, die nicht durch formale Abschlüsse belegt werden können, aber durch geeignete Verfahren validiert wurden, sollten dabei angemessen berücksichtigt werden. Beim Vergleich von im Ausland erworbenen Qualifikationen und inländischen Referenzqualifikationen wird keine Gleichartigkeit geprüft, sondern ist entscheidend, dass hinsichtlich der Inhalte und des Niveaus der Qualifikationen keine wesentlichen Unterschiede bestehen.
- » Soweit bei den Vergleichsprüfungen Qualifikationsdefizite zu einem konkreten Referenzabschluss festgestellt werden, sollen erforderliche Anpassungsqualifizierungsangebote unterbreitet und bedarfsgerecht gefördert werden.
- » Die Qualitätsanforderungen des deutschen Berufsbildungssystems bilden dabei immer die Grundlage

V. TRANSNATIONALE MOBILITÄT ZUM ZWECKE DER AUS- UND WEITERBILDUNG FÖRDERN: INTERNATIONALE UND INTERKULTURELLE KOMPETENZEN STÄRKEN!

Aufgrund der zunehmenden Exportorientierung von KMU erfordern die betriebliche Geschäftsprozesse verstärkt die Anwendung von Fremdsprachenkenntnissen, interkulturellen Kompetenzen sowie Kenntnissen über die Arbeitsorganisation, Arbeitstechniken, Technologien und Produkte anderer Länder und Kulturkreise. Diese Entwicklung stellt auch an die berufliche Bildung neue Anforderungen. In diesem Kontext gewinnen die EU-Initiativen zur Förderung der grenzüberschreitenden Mobilität zum Zwecke der Aus- und Weiterbildung auch aus nationaler Sicht an Bedeutung.

- » Die Verabschiedung und Umsetzung eines bildungsbereichsübergreifenden Deutschen Qualifikationsrahmens (DQR) als nationales Bindeglied zum Europäischen Qualifikationsrahmen (EQR) sind weiter voranzutreiben. Ziel muss sein, nationale Qualifikationen, die an Schulen, in der beruflichen Bildung oder an Hochschulen erworben worden sind, adäquaten Referenzniveaus zuzuordnen, damit Bildungsleistungen unabhängig vom Lernort nach einheitlichen Standards bewertet werden können. Damit wird die Gleichwertigkeit beruflicher und allgemeiner Bildung sichtbar gemacht. So ist beispielsweise das Abitur auf der Ebene der höchsten Stufe der beruflichen Erstausbildung zu verorten.
- » Dabei steht die Ganzheitlichkeit von Qualifikationen nicht in Frage. Grundsätzlich ist zu empfehlen, sich auf die eigentlichen Ziele der europäischen Instrumente zurück-

zubesinnen: der Förderung einer verbesserten Transparenz von Qualifikationen und der grenzüberschreitender Mobilität in der beruflichen Aus- und Weiterbildung.

- » Zur Förderung transnationaler Mobilität in der beruflichen Aus- und Weiterbildung sind bestehende Beratungs- und Unterstützungsstrukturen weiter auszubauen. Gerade KMU sind bei der nach wie vor aufwendigen Realisierung von Auslandspraktika auf eine entsprechende Infrastruktur angewiesen. Dies bezieht sich sowohl auf die Entsendung eigener Auszubildender und Fachkräfte ins Ausland, als auch die Aufnahme von Praktikanten aus dem Ausland.

FAZIT

Das Berufsbildungssystem ist eine der tragenden Säulen der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Innovationsfähigkeit der Bundesrepublik. Alle Beteiligten sind in der Verantwortung, das Berufsbildungssystem im Hinblick auf die steigenden Anforderungen aus Globalisierung, demografischem Wandel, Wandel zur Dienstleistungswirtschaft und bestehenden sozialen Problemlagen zu verbessern. Dazu reicht es nicht aus, nur die berufliche Erstausbildung zu reformieren. Von der frühkindlichen Bildung bis zur Weiterbildung müssen mehr und bessere Angebote geschaffen und die Teilnahme erleichtert werden. In der beruflichen Bildung müssen individuelle Förderung, nationale und internationale Mobilität sowie transparente und planbare Fort- und Weiterbildungsanschlüsse verstärkt werden. Dazu wollen wir mit diesem Papier einen Anstoß geben.